



Schlecker: Alles andere als Erfolgsgeschichte

Ramelow: „Bei den Banken ist man fix, für die Schlecker-Beschäftigten tut man nix!“

Als „zutiefst empörend“ bezeichnet Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, den Beschluss der Gläubiger, die Schlecker-Drogerien abzuwickeln. Für Fehlentscheidungen aus der Wirtschaft und der Politik hätten jetzt bundesweit 25 000 Schlecker-Beschäftigte gerade zu stehen – vor allem Frauen, darunter zahlreiche ältere Beschäftigte und Alleinerziehende.

Leider ist die Bundesregierung der fatalen Devise gefolgt: „Bei den Banken ist man fix, für die Schlecker-Beschäftigten tut man nix!“ Chancen wurden leichtfertig vertan. „Die Regierung und die sie tragenden Parteien CDU, CSU und FDP haben in skandalöser Weise versagt, denn durch sie wurde die Freigabe von Finanzmitteln zur Gründung von Transfergesellschaften rundheraus verweigert“, monieren Ina Leukefeld und Bodo Ramelow in einem offenen Brief.

Zu einem „Rettungsschirm für die Schlecker-Beschäftigten“, wie von der Linkspartei gefordert, ist es nicht gekommen. „Es war dabei vor allem die neoliberale FDP, die aus ideologischen Gründen brutal gegen die Interessen der Betroffenen agiert hat, denn die Beschäftigten im Niedriglohnsektor gehören nicht zur Zielgruppe dieser Klientelpartei der Besserverdienenden“, konstatiert der LINKE-Fraktionsvorsitzende Ramelow.

Das mangelnde Interesse an Lösungen zeigt sich zuletzt auch bei der bisher defizitären Vermittlung ehemali-

ger Schlecker-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Bundesagentur für Arbeit in neue Beschäftigung. Es handelt sich keinesfalls um eine Erfolgsgeschichte.

„Für Thüringen bedeutet das Ende von Schlecker nicht nur mehr Arbeitslose, sondern auch einen Raubbau an der Infrastruktur im ländlichen Raum durch die Schließung der oft einzigen

in der Umwandlung bisheriger Schlecker-Filialen in Bürgerläden in Formen eines Dorfkonzums und in anderen Möglichkeiten der Nahversorgung vor Ort – zu denen auch die Gründung von Genossenschaften gehört – eine erfolgversprechende Strategie. Sie muss allerdings politisch gewollt sein und finanziell sowie logistisch gefördert werden. Hier ist die Landesregierung ge-



noch vorhandenen Verkaufsstellen. Damit verbunden ist eine abnehmende Lebensqualität vor Ort“, macht Arbeitsmarktpolitikerin Leukefeld deutlich.

Für die Menschen sind nachhaltige Perspektiven nötig. Bereits Mitte März hat die Linksfraction von der Landesregierung eine Strategie zum Erhalt von kleinen Dorfläden gefordert. Dazu ist es bisher leider nicht gekommen. „Doch wir sehen nach wie vor gerade

meinsam mit den Kommunen gefordert“, sagt Frau Leukefeld.

„Die Solidarität der Linkspartei sowie der Linksfraction im Thüringer Landtag gilt den Beschäftigten und ihren Familien, also den Opfern von Misswirtschaft und Ignoranz. Eine schnelle Vermittlung in Beschäftigung und der Aufbau von dörflichen Dienstleistungszentren müssen nun im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen“, fügt Ramelow hinzu. ■

AKTUELL

Kommunen sind keine Sparbüchse

„Eine Reform der kommunalen Finanzen muss zunächst die Interessen der Gemeinden und Städte in den Blick nehmen. Die Kommunen sind nicht dazu da, den Haushalt des Finanzministers zu sanieren“, mahnt der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE, Frank Kuschel.

Die Landesregierung hat für das Jahr 2013 eine grundsätzliche Neuausrichtung des kommunalen Finanzausgleichs angekündigt. Das bisherige Gesetz führe jedes Jahr zu enormem Streit mit den Kommunen, weil beide Seiten unterschiedliche Berechnungen ansetzen. Das frühere System der Landeszuweisungen war 2005 vom Landesverfassungsgericht als verfassungs-

widrig erklärt worden. Eine nachhaltige konfliktfreie Lösung konnte das Land bisher nicht präsentieren. „Neben den höchst fragwürdigen Rechentricks zum Finanzbedarf der Kommunen war vor allem die Kita-Finanzierung der Zankapfel der Auseinandersetzung.“

„Wir werden deshalb vorschlagen, die Kita-Mittel vollständig aus dem kommunalen Finanzausgleich herauszunehmen und die Gelder ohne Verrechnungen an die Gemeinden und Städte auszuzahlen. Gerade in dieser Frage darf es keinen intransparenten Verschiebeparkplatz geben!“, betont Kuschel. Für ihn seien die jüngsten Forderungen der SPD, wonach keine grundsätzliche Reform angestrebt werde, unzureichend.

Inzwischen hat auch der Finanzmini-

ster der CDU seine Überlegungen hinsichtlich einer Reform des kommunalen Finanzausgleichs den Gremien der kommunalen Spitzenverbände und den Regierungsfractionen vorgetragen. Danach sollen einzelne zweckgebundene Zuweisungen in die Schlüsselzuweisungen integriert werden. Zudem soll eine so genannte Finanzgarantie geschaffen werden. Demnach würden die Kommunen einen jährlich garantierten Geldbetrag erhalten. Eine kommunale Beteiligung an möglichen Mehreinnahmen des Landes werde allerdings ausgeschlossen.

Der LINKE-Abgeordnete kündigt an, dass seine Fraktion Anfang Juli ein eigenes Konzept zur Neuordnung des Finanzausgleichs vorstellen werde.

Sascha Bilay ■

KOMMENTIERT:

von Martina Renner

Sofortige Entwaffnung von Neonazis!

Die neuerlichen Durchsuchungen bei Thüringer Neonazis aufgrund des vermuteten Waffenbesitzes sowie die Vollstreckung von zwei Haftbefehlen wegen illegalen Waffenbesitzes gegen Thüringer Neonazis dokumentieren eindrucksvoll, dass die neonazistische Szene in Thüringen weiterhin bereit ist, militant und entschlossen gegen Menschen und zur Durchsetzung ihrer Ziele gewaltsam vorzugehen.

Bei einer Polizei-Aktion gegen die rechtsextreme Szene wurden zwei Neonazis aus Thüringen verhaftet. Insgesamt wird gegen drei Männer wegen des Verdachts auf Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat ermittelt. Die Polizei hat zehn Objekte in Thüringen durchsucht. Nach Medienberichten wurden dabei zahlreiche Waffen sowie Munition und Munitionsteile beschlagnahmt. Die Ermittler gingen bei der Durchsuchung auch Hinweisen auf eingemauerte Waffen nach.

Die neonazistische Szene unterscheidet sich dahingehend also nicht von der in den 90er Jahren in Thüringen, aus denen der so genannte NSU hervorgegangen ist.

Neonazis haben damals Schießübungen mit illegalen Waffen in Thüringen veranstaltet und horten offenbar noch heute Waffen. Das ausgerechnet das Braune Haus in Jena wiederum Ziel der Durchsuchungsmaßnahme ist, verwundert nicht. Aus Jena stammen nicht nur drei Mitglieder des NSU, sondern auch ihre engsten Unterstützer, die sie mit Waffen versorgten. Angesichts der beunruhigenden Kenntnis über den Waffenbesitz bei Neonazis bleiben wir bei unserer Forderung nach einer sofortigen Entwaffnung von Neonazis.

Der Innenausschuss im Thüringer Landtag wird sich nun auf Antrag der Fraktion DIE LINKE über Anlass und Ergebnis der Durchsuchungen unterrichten lassen.

Auch im Untersuchungsausschuss werden wir weiter Antworten auf immer noch offene Fragen unter anderem zu Ermittlungen gegen neonazistische Strukturen in den Jahren 1994 bis 1998 verlangen. Es wird dabei zu klären sein, ob tatsächlich bei einer Vielzahl von Straf- und Ermittlungsverfahren alles Mögliche und Notwendige seitens der Strafverfolgungsbehörden getan wurde, um die Verfestigung militanter Neonazistrukturen mit einem Zugang zu Waffen zu verhindern. ■